

1442 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971

No. 763/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. KRAINER, FRODL, NEUMANN
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr
betreffend Vergebührung der Ferngespräche von Stainz nach
Graz

Bürgermeister Vet. Rat Dr. Neubauer hat namens der Marktge-
meinde Stainz bei den zuständigen Stellen vielfältige Bemühun-
gen unternommen, eine Wiederherstellung der Tarifsituation
vor Einführung des Selbstwählverkehrs herbeizuführen.

Seit Einführung des Selbstwählverkehrs wird nämlich eine Ver-
gebührung der Ferngespräche nach dem Tarif II vorgenommen,
obwohl nach Meinung der Marktgemeinde bis zu einer Entfernung
von 25 km der Tarif der Zone I in Anwendung zu bringen wäre.

Die Post- und Telegraphendirektion für Steiermark hat in
diesem Zusammenhang dem Herrn Bürgermeister mitgeteilt, daß
nach Entscheidung der Generaldirektion für die Post- und
Telegraphenverwaltung eine Änderung der Fernzone von Stainz
nach Graz - und das wäre die Voraussetzung für die Vergebührung
nach Tarif I - aus Gründen der bundeseinheitlichen Behandlung
gleicher Tatbestände nicht zulässig ist.

Nach neuerlichen Bemühungen hat die Post- und Telegraphen-
direktion für Steiermark folgende Lösungsmöglichkeit vorge-
schlagen: Eine Endamtsverzonung zwischen dem Verbundbereich
Deutschlandsberg und dem Verbundbereich Graz-Süd, zu welchem
auch die Stadt Graz zählt, würde nur dann möglich sein, wenn
die sehr hohen Kosten dafür nicht von der Postverwaltung ge-
tragen werden müßten. Überdies brächte diese Querverbindung

- 2 -

Im Bezirk Deutschlandsberg für die Ortschaften St.Oswald o.E., Eibiswald, Pölfingbrunn, Schwanberg usw. einen Nachteil bei Ferngesprächen in dem Verbundbereich Graz-Süd, weil in diesem Fall die Entfernungen der einzelnen Endpunkte des Ferngespräches zur Verrechnung gelangen, bisher jedoch bei Gesprächen zwischen den Verbundbereichen nur die Entfernung zwischen den Zentralorten berechnet wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, seitens Ihres Ministeriums die hohen Kosten der vorgeschlagenen Endamtsverzonung übernehmen ?
- 2) Sind Sie weiters bereit, Herr Bundesminister, gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß durch eine solche Regelung, die den Teilnehmern im Bereich Stainz zugute kämen, die anderen angeführten Ortschaften im Bezirks Deutschlandsberg nicht benachteiligt werden ?